

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

1-2/2020

Januar / Februar 2020

Rassistisches Nazi-Massaker an neun Menschen in Hanau am 19. Februar 2020:

Selbstschutz gegen Nazi-Angriffe organisieren!

Am Abend des 19.2.2020 ermordete der Nazi-Mörder T. Rathjen neun Menschen in Hanau. Er griff mit einer automatischen Pistole, die er sich legal mit Hilfe eines Waffenscheins gekauft hatte und die auch die deutsche Polizei benutzt, zwei Shisha-Bars an und ermordete eiskalt und zum Teil durch gezielte Kopfschüsse Ferhat Ünvar, Gökhan Gürtekin, Hamza Kurtović, Said Nesar El Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kalajan Welkow, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu. Fünf Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Danach hat er laut Polizeiangaben seine Mutter erschossen und dann sich selbst.

Der Nazi-Mörder wählte die Shisha-Bars, die er zuvor ausgespäht hatte, deshalb als Ziel, weil er davon ausging, dass sich dort besonders viele Menschen befinden würden, die er in seiner deutsch-rassistischen „Herrenmenschen“-Ideologie als „undeutsch“ einstufte und deshalb ermordete. In einer Erklärung, die er auf seiner Homepage veröffentlichte, propagiert der Nazi-Mörder als Ziel die Vernichtung von Millionen Menschen dutzender Länder wie der Türkei, Syrien, Indien und auch Israel, sowie auch die Ermordung der Hälfte der Bevölkerung in Deutschland nach deutsch-rassistischen Kriterien.

Durch das Nazi-Massaker wurden nicht nur neun Menschen aus rassistischen Gründen brutal ermordet, sondern Millionen von Menschen mit Ermordung bedroht an den öffentlichen Plätzen, wo sie sich bis jetzt ziemlich sicher gefühlt haben. Das Nazi-Massaker sollte Angst, Lähmung und Entsetzen bei den von Rassismus Bedrohten in Deutschland auslösen. Es sollte das Gefühl erzeugt werden, dass man gegen solche brutalen Nazi-Massaker mit automatischen Schusswaffen eh nichts ausrichten könnte. Doch die Rechnung der Nazi-Mörder ist nicht aufgegangen und wird nicht aufgehen!

Vom Rassismus bedrohte und angegrifene Gruppen diskutieren, wie Selbstschutz gegen Nazi-Angriffe organisiert werden kann und was zu tun ist, um die rassistische Normalität in Deutschland zu durchbrechen und diese „deutschen Zustände“ insgesamt anzugreifen.

Solidarität bedeutet für uns aktuell vor allem, diese Diskussion und alle Aktionen in diese Richtung nach unseren

Möglichkeiten maximal zu unterstützen!

Die Nazi-Bewegung ist gut organisiert und bereitet schon die nächsten Massaker vor!

Ähnlich wie beim versuchten Nazi-Massaker in Halle begann nach dem Nazi-Massaker von Hanau wieder das

Solidaritätsdemonstrationen nach dem Nazi-Massaker von Hanau

Noch am selben Abend des Nazi-Massakers in Hanau gab es in mehr als 50 Städten Solidaritätskundgebungen mit zumeist mehreren hundert Menschen. Und dann am Wochenende nach dem Nazi-Massaker demonstrierten allein in Hanau am Samstag, 22.2.2020 über 6000 Menschen. In Hamburg, Köln, Bremen, Berlin und mehreren anderen Städten gab es am gleichen Tag Solidaritätsdemonstrationen mit jeweils mehreren Tausend Beteiligten.

Es gab jedoch auch diesmal wie nach dem versuchten Nazi-Massaker in Halle keinen landesweiten Aufschrei mit Hunderttausenden auf der Straße, wie es nötig gewesen wäre.

System der Verharmlosung und Vertuschung anzulaufen. Das Nazi-Massaker wurde von bürgerlichen Medien, Polizei und bürgerlichen Politikern als „Tat“ eines „psychisch kranken“ „Einzeläters“ hingestellt. Ziel dieser Propaganda ist es, die Nazi-Bewegung zu verharmlosen und zu vertuschen, dass sie gut organisiert, bewaffnet und arbeitsteilig nach einem klaren Plan vorgeht. So soll verhindert werden, dass die Nazis wirklich ohne Illusionen mit aller Härte bekämpft werden!

Die Nazi-Bewegung heute besteht aus unterschiedlichen Teilen, die alle ihre besonderen Aufgaben haben: ihr parlamentarischer Arm (AfD), ein „kultureller“ Arm (Musik...), Nazis in verschiedenen Teilen des deutschen Staatsapparats (Polizei, Bundeswehr, VS, BND, MAD, Justiz...), Straßen-Nazis (Pegida...), die mit Aufmärschen und Überfällen Nazi-Terror verbreiten. Teil der Nazi-Bewegung sind auch illegal operierende bewaffnete Nazi-Gruppen (Combat 18, Gruppe Hannibal...) sowie einzelne vor allem auch übers Internet rekrutierte Nazi-Killer, wie der Nazi-Mörder von Halle oder von Hanau, die nach ihrem Vorbild, der sog. „Werwolf“-Organisation, vorgehen. Diese Organisation wurde aufgrund eines Befehls von Himmler ab September 1944 angesichts der drohenden militärischen Niederlage Nazi-Deutschlands aufgebaut. Die „Werwolf“-Organisation sollte in kleinen Gruppen oder auch durch „Einzelkämpfer“, wie es in

der Schulungsbroschüre des „Werwolf“ heißt, die alliierten Armeen angreifen und „Verräter“ ermorden. (Siehe: Werwolf – Winke für Jagdeinheiten, o.O., Januar 1945, S. 7) Die Taktik des sog. „lonesome wolf“, des „einsamen Wolfes“ ist also keine Erfindung der heutigen Nazi-Bewegung, sondern von der SS-Führung entworfen und seit 1944 fester Bestandteil der Nazi-Bewegung. Ziel ist es, dass diese „Einzelkämpfer“ durch geringst möglichen Kontakt zur Nazi-Bewegung weitgehend unerkannt bleiben und daher umso „effektiver“ ihre Mordtaten vorbereiten und durchführen können. Die Nazi-Bewegung nutzt seit Jahren das Internet intensiv. In Hunderten von Chats, Blogs und über andere Apps ist die Nazi-Bewegung aktiv, verbreitet dort ihre Propaganda, auch um solche Nazi-Killer, wie in Halle und Hanau auszubilden und zu rekrutieren.

Wir dürfen keine Illusionen in die heutige Nazi-Bewegung haben! Die Nazi-Bewegung hat allein seit 1990 über 300 Menschen ermordet, die nach ihrer rassistischen deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie als „un-deutsch“ galten. Ein Angehöriger der Opfer von Hanau hat es bei einer Solidaritätsdemonstration in Hanau auf den Punkt gebracht: Es wird nicht aufhören! Es wird noch schlimmer werden!

Bewaffnete Nazi-Kräfte, die mit modernsten automatischen Sturmgewehren aus dem Arsenal der Bundeswehr ausgestattet sind und über militärische oder polizeiliche Ausbildung verfügen, sind in der Lage, jederzeit zu zuschlagen. Dazu nur einige Belege: Es gibt allein ca. 500 untergetauchte Nazis, die in der Illegalität leben, und dort besonders gute „Bedingungen“ haben, Nazi-Masaker vorzubereiten. Das Auffliegen der „Gruppe S.“ oder auch das Bekanntwerden der „Hannibal“ Gruppe bei Polizei, Bundeswehr..., zeigt, dass diese gut bewaffneten Nazi-Mordbanden detaillierte Mordpläne ausgearbeitet haben.

Kein Vertrauen in diesen Staat!

Dass beim Kampf gegen diese Nazi-Mordpläne nicht auf diesen Staat vertraut werden kann, ist in Reden und Erklärungen immer wieder zu lesen und zu hören. Aber es gibt auch Forderungen nach besserem Polizeischutz gegen Nazi-Terror. So verständlich diese Forderung auch ist, genaueres Nachdenken zeigt folgendes:

Auf die deutsche Polizei, den deutschen Staat zu vertrauen, ist nicht nur naiv, sondern birgt auch ein großes Risiko in sich. Denn wenn man den Zusammenhang zwischen Nazis und diesem Staatsapparat, insbesondere seinen bewaffneten Kräften wie Polizei, Bundeswehr und Geheimdiensten genauer analysiert, wird deutlich, dass dies eine gefährliche Illusion ist.

Mit dem Auffliegen der NSU-Nazi-Mörder 2012 wurde erneut klar, dass dieser Staat nicht nur bewaffnete Nazi-Kräfte duldet und schützt, sondern unterstützt und mit aufbaut. Nach dem Auffliegen des NSU-Nazi-Netzwerks konnte auch bewiesen werden, dass Nazis mitten im Staatsapparat sitzen, dass Polizei und VS direkt beim Aufbau des NSU-Nazi-Netzwerks beteiligt waren. Die sog. „NSU 2.0“ hat erneut gezeigt, dass mitten in der deutschen Polizei Nazis sitzen, wie z.B. im Frankfurter Polizeirevier auf der Zeil. Nach dem Auffliegen des Bundeswehroffiziers Franco Albrecht 2017, der als Flüchtling getarnt Mordanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte durchführen wollte, wurde eine weitere Nazi-Organisation im deutschen Staatsapparat bekannt. Dieser sogenannte „Hannibal-Komplex“, so wird diese bewaffnete Nazi-Organisation verharmlosend vom deutschen Staat bezeichnet, besteht aus mindestens 200 Bundeswehrsoldaten und -Offizieren (darunter auch Mitgliedern der KSK-Spezialeinheit), Polizisten von LKA und SEK sowie anderen Teilen der deutschen Polizei, die Waffendepots und Feindeslisten angelegt haben, und untereinander u.a. über Telegram Chat Gruppen konspirativ vernetzt sind. Sie haben auch Verbindungen in den VS sowie in den MAD. Mitglieder dieser Nazi-Organisation sind zum Teil auch gleichzeitig Mitglied der AfD. Durch diese Verbindungen ist diese Nazi-Organisation im Staatsapparat des deutschen Imperialismus fest verankert. (Siehe: IMI-Studie, Der Hannibal Komplex, 9.7.2019)

Seien wir realistisch: Es kann sein, dass deutsche Polizisten, die Teil des Nazi-Netzwerks sind, -das auch die vom Nazi-Mörder von Hanau als „lebenswert“ eingestuften Bevölkerungssteile auf ihren Todeslisten hat -, Einrichtungen dieser Bevölkerungssteile „beschützt“. Zum Beispiel wenn Polizisten aus dem berüchtigten Frankfurter Polizeirevier auf der Zeil Moscheen

Zur Bewaffnung der Nazi-Bewegung

Die Nazi-Bewegung hat sich ganz legal bewaffnet, indem sie die Waffengesetze in Deutschland ausnutzt. Insgesamt haben im Februar 2019 ca. 1100 Nazis, insbesondere über 900 sog. „Reichsbürger“ Waffenscheine mit denen sie sich legal automatische Waffen besorgen können. (tagesspiegel.de, 18.2.2019) In sog. Sportschützenvereinen können sie auch ganz legal den Gebrauch dieser Waffen trainieren, wie der Nazi-Mörder von Hanau.

Hinzu kommen sicherlich hunderte, ja tausende weitere illegal beschaffte Waffen, die insbesondere auch die in Bundeswehr und Polizei arbeitenden Nazis sicherlich besonders leicht besorgen können. Nur zwei Beispiele: Bei einer Hausdurchsuchung bei einem Nazi in Hannover werden im März 2019 über 50 Schusswaffen gefunden u.a. 16 Gewehre, drei Maschinenpistolen, 17 Pistolen, acht Revolver sowie mehrere Kilogramm Munition unterschiedlichen Kalibers. (www.belltower.news) Im Februar 2020 wurde bei einer Hausdurchsuchung eines Nazis in Husum u.a. ein Maschinengewehr, mehrere Gewehre, Mörsergranaten, mehrere Kilogramm Sprengstoff sowie Chemikalien und Werkstoffe zur Herstellung von Munition gefunden. (www.kn-online.de, 6.2.2020)

Die Nazi-Bewegung ist massenhaft mit höchst effektiven Waffen ausgerüstet, mit automatischen Pistolen und Gewehren und Sprengstoff – das ist die Realität.

„beschützen“ würden! Dieses Szenario zeigt, wie gefährlich und illusionär ein Vertrauen auf mehr Polizeischutz, ja auf diesen Staat ist.

Zur Debatte um Selbstschutz gegen Nazi-Masaker wie in Hanau

In einigen Erklärungen nach dem Nazi-Masaker in Hanau wurde von antinazistischen Kräften die Forderung nach Selbstschutz gegen Nazis aufgestellt. In dieser Debatte kommt der Vorschlag, aus dem Selbstschutz gegen Nazis und Faschisten in anderen Ländern für den Kampf hier zu lernen, wie z.B. aus den USA, wo die Debatten schon weiterentwickelt seien als hier. (Siehe: fr.de, Nach dem Anschlag von Hanau: „Aufgeben ist keine Option“, 26.2.2020)

Wir denken, dass hier vor allem der Kampf der Black Panther Party von

Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre in den USA vorbildlich war. Die Black Panther Party, die Anfang 1966 gegründet worden war, versuchte vor allem die Selbstverteidigung der afroamerikanischen Stadtteile gegen die bewaffnete Staatsmacht sowie auch gegen bewaffnete Nazis wie dem Klu-Klux-Klan durchzusetzen. Die Black Panther Party bewaffnete ihre Mitglieder mit automatischen Schusswaffen, um sich gegen Polizei, Militär und faschistische Banden zu schützen und nutzte dabei die Waffengesetze in den USA geschickt aus: Mit Gewehren und Pistolen bewaffnete Gruppen der Black Panther patrouillierten durch die Straßen von US-Großstädten. Anfang der 70er Jahre bestanden ca. 100 Ortgruppen mit mehreren tausend Kämpferinnen und Kämpfern.

Die Black Panthers wussten genau, dass gegen mit automatischen Waffen ausgerüstete rassistische Polizisten und Faschisten keine Steine, keine Zwillen, keine Baseballschläger, keine Ausbildung im Kampfsport helfen, was gegen „normale“ Straßen-Nazis durchaus sinnvoll und wirksam sein kann. Es war ihnen klar, dass die Bewaffnung mit automatischen Schusswaffen, die ja legal erworben und getragen werden konnten, unerlässlich ist. Nur dann war es überhaupt möglich, angemessen und schnell genug auf bewaffnete Nazi-Angriffe zu reagieren und rassistische Polizei abzuwehren. Wenn klar ist, dass Nazi-Mörder oder rassistische Polizisten eine solche bewaffnete Gegenwehr zu erwarten hätten, dann würde das auch Wirkung bei ihnen selbst zeigen! Das hat der Kampf der Black Panther Party, so finden wir, sehr deutlich gezeigt.

Sicherlich geht es nicht darum, diesen Kampf und seine Taktik mechanisch auf Deutschland 2020 zu übertragen. Denn die Kampfbedingungen, wie zum Beispiel die Waffengesetze, sind doch unterschiedlich. Es geht unserer Meinung nach darum, aus diesen Kämpfen für heute zu lernen und sie kritisch auszuwerten und das zu übernehmen, was den Kampf hier weiterbringt! Denn die Lage ist doch folgende: Die Organisatoren der Nazi-Morde in Deutschland, die führenden Nazi-Kader und Nazi-Hetzer, laufen weitgehend frei herum. Nazi-Mordanschläge, Hetzjagden auf Refugees und Migrantinnen und Migranten, auf Antifaschistinnen und Antifaschisten, auf

Jüdinnen und Juden – all dies wird unweigerlich dazu führen, dass die Verfolgten, die von Mord und Totschlag bedrohten, zur Selbsthilfe greifen, sich bewaffnen und entsprechend organisieren. Es wird unweigerlich dazu führen, dass sie dort, wo sie eindeutig auf Nazi-Kader, auf Nazi-Mörder treffen, deren Mordabsichten und Mordversuchen zuvorzukommen versuchen!

Wir wollen in diesem Zusammenhang an folgende antinazistische Aktion von 1992 erinnern: Am Abend des 4.5.1992, treffen sich in einem China-Restaurant in Berlin einige führende Nazi-Kader, die allesamt schon auf eine lange „Nazi-Karriere“ zurückblicken können. Sie sind dabei, Nazi-Terror zu planen und zu organisieren. In der Manier deutscher „Herrenmenschen“ pöbeln sie einen Blumenverkäufer aus Pakistan mit rassistischen Beschimpfungen an. Hilfe wird geholt, einige Antifaschistinnen und Antifaschisten jagen das Nazi-Treffen auseinander. Der Nazi-Kader Kaindl droht mit einer Waffe und bleibt nach einem Handgemenge tot liegen. Das war eindeutig berechtigte Notwehr!

Wie solche Kämpfe planmäßig, offensiv, systematisch und mit möglichst großer Durchschlagskraft geführt werden können, wird angesichts des immer brutaler werdenden Nazi-Mordterrors bei antinazistischen Kräften und unter den vom Nazi-Terror bedrohten Teilen der Bevölkerung in Deutschland diskutiert werden. Diese Debatte ist Teil des Kampfes zum Aufbau einer wirklichen Selbsthilfe gegen Nazi-Terror und Teil des Kampfs gegen die gesamte Nazi-Bewegung in Deutschland. Juristisch gesehen geht es um Notwehr gegen die Bedrohung durch Nazi-Morde und Nazi-Massaker.

Die Kampagne gegen die Shisha Bars: Den Kampf gegen die rassistische Normalität und die deutsche „Herrenmenschen“-Ideologie verstärken!

Die Nazi-Bewegung entwickelt sich, breitet sich aus und bewegt sich in der deutsch-nationalistischen und deutsch-rassistischen Normalität in Deutschland. Die Nazi-Bewegung wird vom deutschen Staat geschützt, unterstützt und mit aufgebaut. Und Nazis sitzen mitten in diesem Staatsapparat. Gleich-

Großartige Aktion gegen die Waffenexporte des deutschen Imperialismus

Mit dem Mittel einer zeitweiligen Besetzung des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle in Eschborn bei Frankfurt am 4.2.2020 wurde medienwirksam die Lüge von der angeblichen Einschränkung der Waffenexporte aufgedeckt.

Die gesamte Behörde ist eine Art Witzveranstaltung, da über 99,2 % aller Anträge auf Waffenexporte (11.491 waren es 2017) von Rüstungsfirmen wie Rheinmetall, Thyssen, Krupp, SIG Sauer u.a. von über 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchgewunken werden. Im Flugblatt der antimilitaristischen Initiative wird der Einsatz deutscher Waffen in aktuellen Kriegen weltweit angeprangert.

Als die antimilitaristischen Aktivistinnen und Aktivisten nach einigen Stunden das besetzte Foyer der Behörde verließen, rächte sich die von der Aktion überrumpelte Polizei an den Besitzerinnen und Besetzern auf ihrem Rückweg, indem sie sie massiv mit Tritten und Pfefferspray attackierte. Die Aktivistinnen und Aktivisten blockierten daraufhin Gleise einer S-Bahnstrecke.

Die Aktion zeigt die Möglichkeit, besonders extreme und immer wiederholte Lügen der deutschen Imperialisten in aller Öffentlichkeit aufzudecken und so den Weg zu bereiten, um in weiteren Stufen gegen Waffenexporte überhaupt vorzugehen.

zeitig herrscht staatlicher Rassismus gegen Refugees und gegen Migrantinnen und Migranten vor, die tagtäglich der deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie ausgesetzt sind. Im Mittelmeer werden – mit führender Beteiligung der deutschen Regierung – auch in diesem Jahr wieder tausende Refugees durch Ertrinken ermordet. Das sind die „deutschen Zustände“, die auch Nazi-Massaker wie in Hanau hervorbringen!

Es liegt auf der Hand, warum der Nazi-Mörder von Hanau sich ausgerechnet Shisha-Bars als Ziel seines Massakers ausgesucht hat: Shisha-Bars, in denen sich angeblich „kriminelle Clans“ treffen, sind bundesweit seit Monaten, ja seit Jahren Zielscheibe von widerlichsten deutsch-rassistischen Hetzkampagnen von „Bild“ über AFD bis zu anderen Berliner Parteien und anderen bürgerlichen Medien sowie

Polizeistaatliches Vorgehen gegen „Linksunten indymedia“

Es wurde eine neue Stufe der Eskalation des Staatsapparats gegen die linke Medienplattform „Linksunten Indymedia“ eröffnet, nachdem bereits seit August 2017 geltenden Verbot durch den Innenminister. In einem mehrstufigen Gerichtsverfahren wurde mit absurd juristischen Finten – mit lächerlichen formaljuristischen Hinweisen auf Verstoß gegen das Vereinsrecht durch einen nie existierenden Verein – das bestehende Verbot der Internetplattform „Linksunten“ vom Bundesverwaltungsgericht zementiert.

In Leipzig gab es am 25.2.2020 vor der Urteilsverkündung eine Solidaritätsdemonstration mit massiven Protesten von antikapitalistischen und antifaschistischen Kräften unter dem Motto „Wir sind alle linksunten: Pressefreiheit verteidigen, den autoritären Staat angreifen“. „Linksunten“ bot für militante Gegnerinnen und Gegner des Kapitalismus in Deutschland und international eine Plattform und Gelegenheit, ihre Aktionen zu begründen und zu dokumentieren. Es war aber auch eine Diskussionsplattform, auf der Inhalte von Demo- und Aktionsaufrufen kommentiert wurden und Diskussionsbeiträge zum Kampf gegen den imperialistischen Staat und den Kapitalismus veröffentlicht wurden.

Es ist klar, dass sich Wege finden werden, um dieses polizeistaatliche Verbot zu umgehen und weiter die Möglichkeit des Internets für Informationen über revolutionären Kampf und revolutionäre Aktionen zu nutzen.

ständigen rassistischen Überfällen und Kontrollen durch die deutsche Polizei.

Es ist ein gewisses Zusammenspiel zu erkennen:

■ Bürgerliche Medien, bürgerliche Politiker und die AfD hetzen mit Hilfe der deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie. Bei dieser rassistischen Hetze wird nach der Linie von Goebbels vorgegangen, dem Chef des Nazi-Propagandaamts in Nazi-Deutschland. Im Dezember 1937 hatte die Nazi-Regierung den Befehl ausgegeben, beim Bericht über angebliche oder wirkliche Verbrechen die Schuld „dem Juden“ zu geben, um die Judenfeindschaft weiter zu verstärken. Im Moment sind es vor allem „kriminelle Clans“ oder „kriminelle Ausländer“.

■ Die deutsche Polizei terrorisiert mit rassistischen Razzien Shisha-Bars, die

sie mit schwer bewaffneten Einheiten überfällt und dabei ganze Straßen und Stadtteile abriegelt.

■ Die Nazi-Bewegung nimmt sich auch wie beim Nazi-Massaker in Hanau Shisha-Bars zum Ziel.

Einige Beispiele von rassistischer Hetze und rassistischer Razzien gegen Shisha-Bars:

„Bild“ hetzt aktuell gegen „Clans in Berlin“ und behauptet lügnerisch „Wie arabische Großfamilien Berlin beherrschen“! (bild.de) Die ARD hetzt: „Was Deutschland bewegt: Beuteland. Die Millionengeschäfte krimineller Clans“. So der Titel dieser Hetz-Dokumentation der ARD! (daserste.de) Und bei dieser Hetze werden die Shisha-Bars mit einbezogen als angeblicher „Treffpunkt für kriminelle Clans“ sowie insgesamt als „krimineller Ort“, wo es vor Drogen, Erpressung und ähnlichem angeblich nur so wimmelt.

Die AfD hetzt auf Plakaten gegen angebliche „Vergiftungen in Shisha-Bars“ und „Gruppenvergewaltigung in Shisha-Bar“. Die Täter seien angeblich „Syrer und Iraner“! Der Frankfurter AfD Vorsitzende Rainer Rahn treibt die Hetze auf die Spitze und hat „Verständnis“ für den Hanauer Nazi-Mörder: Wenn man permanent von einer Shisha-Bar gestört werden würde, dann könnte das „auch zu solch einer Tat beitragen.“ (faz.net, 25.2.2020) AfD und FDP betreiben in Frankfurt seit Monaten eine rassistische Hetze gegen Shisha Bars mit Anträgen im Stadtparlament, um die Bars aus den Frankfurter Wohngebieten zu vertreiben.

In Berlin gibt es fast tagtägliche Hetze gegen Shisha-Bars von bürgerlicher Presse und bürgerlichen Politikern sowie rassistische Razzien. Die Regierung aus GRÜNEN, SPD und PdL steht für über 230 rassistische Razzien allein 2019 auch gegen Shisha-Bars! (labournet.de) Schon im September 2018 hetzte Martin Hikel (SPD), Innensenator von Berlin: „Brutalität krimineller Clans gefährdet sozialen Frieden“. (tagesspiegel.de, 25.9.2018)

Die CDU in NRW setzt auch beides um: rassistische Hetze und Razzien. Reul (CDU), Innenminister von NRW, hetzt schon im November 2018 „Shisha-Bars sind Boden für Clan-Kriminalität“ und ist seiner Linie bis heute treu

geblieben. Dutzende von rassistischen Polizei-Razzien wurden seitdem in Shisha-Bars in NRW durchgeführt. (waz.de, 15.11.2018)

Verschiedene Organisationen fordern, den Kampf gegen die gesamte rassistische Realität in Deutschland zu verstärken. Es geht darum, dass die von den Nazis, vom deutschen Rassismus Bedrohten zusammen gegen diese rassistische Normalität kämpfen im Bündnis mit allen antinazistischen Kräften. Für den 8.Mai 2020 ist deshalb zum „Tag des Zorns“ aufgerufen worden, einem bundesweiten Streik sowie Protest- und Widerstandsaktionen auf der Straße, den wir solidarisch unterstützen. Im Aufruf zum „Tag des Zorns“ heißt es:

„Liebe Freund*innen, liebe Genoss*innen, wir migrantischen Selbstorganisationen rufen unsere Geschwister und Genoss*innen am 08. Mai 2020 zu einem Tag des Zorns und damit einhergehenden Generalstreik auf. Wir fordern alle Menschen mit Migrationserbe, jüdische Menschen, Sinti*ze und Rom*nja, Schwarze Menschen, people of colour, BIPOC und alle solidarischen Menschen auf, mit uns zu streiken...“

Da die Politik dabei zusieht wie unsere Geschwister und Freund*innen, auch unsere antifaschistischen Genoss*innen, bis heute sogar in staatlichen Institutionen ums Leben kommen, können wir uns nicht auf sie verlassen. Sie schützen uns nicht und spätestens seit dem NSU wissen wir, dass in Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach Täterschutz betrieben wird. Wir sind nicht still, wir lassen uns nicht einschüchtern, wir führen keine rassistischen Diskussionen, wir überlassen Nazis nicht die Straßen.

Wenn Deutschland weiter mit Nazis schmusen möchte, geschieht das ohne uns! Angeregt durch die Ramazan Avci Initiative tragen wir unsere Wut und unsere Trauer am achten Mai auf die Straße. Organisiert euch und ruft mit uns zum Streik auf.“ (labournet.de, wirstreiken0805.wordpress.com)